

Tischvorlage zur Pressekonferenz
der FREIE WÄHLER Bundesvereinigung am 22. Januar 2014

- Europaspitzenkandidatin **Ulrike Müller, MdL**
- Bundesvorsitzender **Hubert Aiwanger, MdL**

Unser Europaplan

für ein demokratischeres und transparenteres Europa
der Bürger und Regionen - und nicht der Lobbyisten

Viele Entscheidungen aus Brüssel wirken sich unmittelbar auf unser Leben in unserer Heimat aus. Die EU stellt dabei zentralistisch viele politische Weichen, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden und nachvollziehen können, wie und weshalb Entscheidungen zu Stande kommen. Die bislang in Europa vertretenen Parteien und Abgeordneten haben diese Fehlentwicklungen mit zu verantworten.

Europa darf nicht länger ein entferntes und wenig greifbares Projekt der Eliten und Lobbyisten sein. Wir werden andere Schwerpunkte setzen: Die Bürgerinnen und Bürger wollen **kein Europa befremdlicher Bürokratie und des Zentralismus**, in dem wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen in großen Glaspalästen getroffen werden. Die EU muss stattdessen endlich von ihrer Basis getragen werden: **Wir FREIEN WÄHLER verstehen uns als Vertreter der Bürger und Regionen und wollen uns in diesem Sinne im Europaparlament (EP) stark machen.**

Unser Ziel ist dabei ein Europa, das die Interessen der Bürger und Regionen nicht nur berücksichtigt, sondern ernst nimmt und tatsächlich als Grundlage für politische Entscheidungen heranzieht. **Durch eine Politik des gesunden Menschenverstands, durch mehr gelebte Demokratie und Transparenz** wollen wir wieder einen gesellschaftlichen Konsens über Europa sowie verlorengegangenes Vertrauen in die EU herstellen. **Die Bürger müssen bei wichtigen europapolitischen Fragen mitentscheiden können.**

Wir FREIEN WÄHLER sehen das EP auch als eine vom Volk direkt gewählte verfassungsgebende Versammlung. **Es muss sich zum Anstoßgeber für künftige Vertragsreformen entwickeln.** Wir wollen uns dahingehend intensiv im Ausschuss für konstitutionelle Fragen einbringen, um mitgliedersstaatsübergreifend für ein demokratischeres und transparenteres Europa der Bürger und Regionen zu werben und dieses für unsere Zukunft in einer sich globalisierenden Welt konstruktiv mitzugestalten. **Zudem müssen das EP und der Ausschuss der Regionen gegenüber der Kommission massiv gestärkt werden.**

Der Europaplan der FREIEN WÄHLER

Demokratie

Transparenz

Gestaltung der EU-Gesetze

- Wir tragen die Subsidiaritätsbedenken des Ausschusses der Regionen sowie der nationalen und regionalen Parlamente konsequent in das EP.
- Wir stärken die parlamentarische Debattenkultur und Meinungsfindung durch Eindämmung undemokratischer Absprachen, die am EP vorbeigehen, wie der sogenannten „first-reading agreements“
- Wir fordern EU-Gesetze mit „Verfallsdatum“, damit eine regelmäßige Überprüfung und Reform europäischer Regelungen zwingend erfolgen muss.
- Wir machen unsere Wahl der EU-Kommissare von ihrem Bekenntnis zur regionalen und lokalen Selbstverwaltung abhängig, d.h. zum Beispiel „öffentliche Daseinsvorsorge vor Wettbewerbsrecht“.
- Wir werden keinen internationalen Abkommen zustimmen, die geheim und ohne ausreichende Beteiligung des EP verhandelt wurden.

- Wir setzen uns für eine Veröffentlichung aller EU-Dokumente in deutscher Sprache ein.
- Wir wollen Rechtssicherheit durch ein einfaches und leicht verständliches EU-Recht schaffen.
- Wir wollen alle unsere Treffen mit Interessenvertretern veröffentlichen.
- Wir machen uns für eine transparente Veröffentlichung der Aktivitäten sog. Intergroups stark.
- Wir wollen ein verbindliches und verschärftes EU-Lobby-Register mit Veröffentlichungspflichten der Personennamen, der Mitarbeiterzahl, der Klienten, für die die Lobbyisten tätig sind und die Höhe der finanziellen Aufwendungen für Lobbyarbeit.
- Wir werden unser persönliches Abstimmungsverhalten im EP konsequent begründen und den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren.

Gestaltung der Europäischen Union über den konstitutionellen Ausschuss

- Wir machen uns stark, den Ausschuss der Regionen zur dritten gleichberechtigten Kammer neben EP und Rat weiterzuentwickeln, um den Regionen eine angemessene Mitsprache in der Europapolitik einzuräumen.
- Wir fordern eine gemeinsame Wahl der EU-Kommission durch EP und Ausschuss der Regionen, damit EU-Kommissare künftig auch um das Vertrauen der regionalen und lokalen Ebene werben müssen.
- Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung der Europäischen Bürgerinitiative zu europäischen Volksbegehren und Volksentscheiden ein.
- Wir setzen uns für ein echtes Initiativrecht des Europaparlaments ein.
- Wir wollen das EP weiter stärken und es über seine Organisation und seinen Sitzungsort selbständig entscheiden lassen. Dabei setzen wir uns für die Schließung des Sitzes in Straßburg ein.
- Wir wollen Hürden für Subsidiaritätsrügen durch die nationalen Parlamente senken.
- Wir stehen zu einer ideologiefreien Überprüfung der europäischen Zuständigkeiten. Regionalisierung in der Landwirtschaft oder auch Europäisierung von Zuständigkeiten wie im Bereich der Energie dürfen kein Tabu sein.

- Wir wollen bei künftigen Vertragsänderungen höchste Transparenz im Rahmen eines europäischen Konvents gewährleisten.
- Wir setzen uns für ein europäisches Vertragswerk in einfacher und verständlicher Sprache ein.
- Wir machen uns für eine Beteiligung des EP bei Verhandlungen zu internationalen Abkommen und in der Gipfel-Diplomatie stark: Das EP muss künftig die Mandate mitgestalten können, in die Verhandlungen eingebunden werden und für eine öffentliche Debatte darüber sorgen.
- Wir treten für eine klare und transparente Führungsstruktur in Europa ein und machen uns für eine Reduzierung und eindeutige Aufgabenzuweisung der EU-Spitzenämter wie die des Kommissionspräsidenten, des Präsidenten des Europäischen Rats, des Präsidenten des Ministerrats, dem Vorsitzenden des Euro-Rats, dem Präsidenten des EP und der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik stark.
- Wir fordern vollkommene Transparenz der Arbeit und Entscheidungsfindung des Europäischen Rats und des Ministerrats sowie anderer intransparenter Gremien wie den Gouverneursrat des ESM.